

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch und Petra Pau

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 15/3660, 15/3844, 15/4312, 15/4323, 15/4324, 15/4325 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2005
(Haushaltsgesetz 2005)**

**hier: Einzelplan 14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

Der Bundestag wolle beschließen:

In folgenden Titeln werden keine über dem Jahressoll 2004 liegenden Ansätze veranschlagt und auf Forschungen und Verpflichtungsermächtigungen verzichtet. Auslandseinsätze der Bundeswehr werden beendet:

1. Im Kapitel 14 03 wird die Titelgruppe 08 „Maßnahmen der Bundeswehr im Zusammenhang mit internationalen – humanitären und sonstigen – Einsätzen“ gestrichen und auf alle weiteren damit im Zusammenhang stehenden Ausgaben verzichtet.
2. Kapitel 14 19 „Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät“:
 - a) Titel 554 03 „Beschaffung des Waffensystems Unterstützungshubschrauber“
Reduzierung 2005 um 30 Mio. Euro
Streichung der Verpflichtungsermächtigungen für Ausgaben in kommenden Jahren in Höhe von 5 Mio. Euro;
 - b) Titel 554 04 „Beschaffung NATO-Hubschrauber 90“
Reduzierung 2005 um 153 Mio. Euro
Streichung der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1 425 700 Euro;
 - c) Titel 554 03 „Beschaffung des Waffensystems Eurofighter 2000“
Reduzierung 2005 um 250 Mio. Euro auf 1 Mrd. Euro
Streichung der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 596 Mio. Euro.

3. Kapitel 14 20 „Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung“
- Titel 551 18 „Entwicklung des Waffensystems Eurofighter 2000“
Reduzierung 2005 um 150 Mio. Euro
Streichung der Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 792 Mio. Euro.

Berlin, den 22. November 2004

Dr. Gesine Löttsch und Petra Pau

Begründung

Deutschland und das Nordatlantische Bündnis werden militärisch von niemandem bedroht. Eine gesetzliche Leistung nach der anderen im Lande wird mit Verweis auf leere Kassen reduziert. Dennoch eskalieren die Rüstungsausgaben. Die einst zur Landesverteidigung aufgestellte Bundeswehr wird nach Vorgabe der NATO-Strategie von 1999 zur Interventionsarmee mit 150 000 „Einsatzkräften“ umgebaut, sie soll ein Drittel der Schnellen Eingreiftruppe der EU (60 000) stellen, und die Bundesmarine plant die Hochseekriegführung. Schon jetzt sind mehr als 12 500 deutsche Soldaten vom Balkan bis Zentralasien eingesetzt.

Unser Land muss als fairer Partner und Motor für globale Gerechtigkeit, Interessenausgleich und zivile Konfliktlösung wahrgenommen werden. Die aktuellen und künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen lassen sich nicht mit den Rezepten des 19. Jahrhunderts lösen, indem äußere Sicherheit auf den militärischen Aspekt verengt wird. Das ist ein Irrweg und Rückschritt, der zudem gravierende Verfassungs- und Völkerrechtsprobleme aufwirft. Heutige gewaltträchtige Konflikte entstehen überwiegend innerstaatlich. Wirksame Sicherheitsvorsorge muss daher dort bei der Beseitigung der politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Konfliktursachen ansetzen. Den Umbau der Bundeswehr zu einer hochmobilen, weltweit einsetzbaren Interventionsarmee lehnen wir ab.